

Pressemitteilung 8/2018

Halle (Saale), den 19. April 2018

Ostdeutsche Produktion expandiert wieder langsamer als in Deutschland insgesamt – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2018 und amtlicher Daten für die ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2017

Für das Jahr 2018 prognostiziert das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) einen Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts mit Berlin um 1,8% (Gemeinschaftsdiagnose für Deutschland insgesamt 2,2%). Im Jahr 2019 dürfte der Abstand zur gesamtdeutschen Zuwachsrate wieder etwas geringer werden (Ostdeutschland: 1,8%, Deutschland insgesamt: 2,0%).

Schon im Jahr 2017 hat das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland mit 1,9% um 0,3 Prozentpunkte langsamer zugelegt als in Gesamtdeutschland. Ein Grund dafür ist, dass der Anteil der Exportgüter an der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland kleiner ist als im Westen, und dass die ostdeutsche Wirtschaft deshalb von der derzeit kräftigen Auslandskonjunktur nicht in dem Ausmaß wie die westdeutsche profitiert. Die Gemeinschaftsdiagnose prognostiziert für Deutschland, dass die Exporte im Jahr 2019 einen geringeren Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Zuwachs leisten werden als in diesem Jahr. Dementsprechend dürfte auch der Abstand der Zuwachsraten zwischen West und Ost 2019 geringer ausfallen.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass die ostdeutsche Wirtschaft im Trend geringer wächst als die in Deutschland insgesamt, ist die ungünstigere demographische Entwicklung. Mit der arbeitsfähigen Bevölkerung nimmt auch die in Ostdeutschland geleistete Arbeit langsamer zu als im Westen. Vor allem ist die Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen – gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum Jahresbeginn – weniger dynamisch als in Westdeutschland. Auch die Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe lassen darauf schließen, dass die Produktion in Ostdeutschland etwas langsamer zunimmt als in Westdeutschland.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist in den vergangenen Jahren dagegen in Ost und West mit etwa der gleichen Geschwindigkeit gewachsen. Dabei kommt der ostdeutschen Wirtschaft zugute, dass hier die (freilich auch viel höhere) Arbeitslosenquote trotz geringerem Produktionswachstum etwas rascher sinkt als im Westen. Die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote dürfte von 7,6% im Jahr 2017 auf 7,0% im Jahr 2018 sinken (Deutschland insgesamt 2017: 5,7%, 2018: 5,2%).

Sperrfrist:
19. April 2018, 11:00 Uhr

Pressekontakt
Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter
Ostdeutschland, Konjunktur, Prognose, Produktivität, Konvergenz, Ost-West-Vergleich

Aktueller Bezug
halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 93 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.